

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

JOSEPH H. SPIGELMAN

## Die Wandlung zur Initiative

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir im Folgenden den Artikel von Joseph H. Spigelman, erschienen in der amerikanischen Zeitschrift HARPER'S MAGAZINE, September 1955.

*Der Westen war – unbeschadet seiner größeren Macht und Rohstoffquellen – lange Zeit in der Defensive gegenüber den Kommunisten ... aber eine Rückkehr zur Offensive mag bald möglich sein ...*

Stalin erzählte in seinem Bericht auf dem Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Jahre 1934 von einer Unterhaltung mit einem Kollektivbauern:

Ich: Wie steht es mit der Aussaat?

Er: Mit der Aussaat, Genosse Stalin? Wir haben uns alle mobil gemacht.

Ich: Ja, und dann?

Er: Wir haben die Frage rücksichtslos formuliert.

Ich: Und was geschah dann?

Er: Es gibt eine Wendung, Genosse Stalin; bald wird eine Wendung kommen.

Ich: Und nun?

Er: Wir können einen Fortschritt beobachten.

Ich: Alles schön und gut – aber wie steht es mit der Aussaat?

Er: Mit der Aussaat ist noch nichts los, Genosse Stalin. ...

So steht es auch mit unseren Bemühungen, den Kommunisten die Initiative zu nehmen. Wir haben uns dazu aufgemacht; wir haben die Frage formuliert; wir reden uns ein, einigen Fortschritt verzeichnen zu dürfen.

Aber Rußland hat noch immer die Initiative. Es konnte Zeit, Ort und den Anlaß der Aggression bestimmen; und wurde das Abenteuer zu riskant, wie das in Griechenland, im Iran und in Korea der Fall war, dann konnte es sich sehr wohl zurückziehen um unter vielleicht günstigeren Umständen andere Raubzüge vorzubereiten. Wir haben einfach reagiert: und sogar wenn wir gewonnen hatten – unsere Siege waren lediglich Defensivsiege. Und auf der Ebene der friedlichen Auseinandersetzungen, die

gegenwärtig – da Rußland ganz augenscheinlich einen Aufschub jeglicher militärischer Aktionen erstrebt – an Bedeutung gewinnt, bestimmt Rußland noch immer die Richtung. Es hat sein neu zugelegtes und zur Schau getragenes Wohlwollen, das der abgehaltenen „Konferenz auf höchster Ebene“ das Gepräge gab. Die Vorschläge und Aufrufe der Russen zogen die Völker der Welt am meisten an, – so wenig sie auch die Regierungen zu beeindrucken vermochten. So war das bei der Einstellung der Feindseligkeiten in Korea und Indochina, bei der Abrüstung und bei der Ächtung der nuclearen Waffen, bei der Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands, bei der Vernichtung des Kolonialismus, bei der Gleichberechtigung der Rassen und bei der friedlichen Ko-Existenz.

Natürlich ist es so, daß die meisten Vorschläge unehrlich gemeint sind. Aber der Durchschnittsmensch ist nicht imstande, das zu erkennen. Noch kann er sich an unseren Gegenvorschlägen sonderlich begeistern, da sie zumeist kompliziert, penibel und buchstabengetreu waren. Und so verbreitet der Kommunismus seinen Einfluß, mit den Mitteln des Friedens nunmehr vielleicht noch wirkungsvoller als zuvor durch den Krieg.

Für die kommunistische Initiative gibt es zwei Gründe von sekundärer Bedeutung. Erstens: ihre relative Aktionsfreiheit.

Die amerikanische Regierung ist sowohl verantwortungsbewußt als auch verantwortlich. Ihre Politik wird hauptsächlich von besonderen Interessen und von einer ausgeprägten öffentlichen Meinung bestimmt. Die Sowjetregierung ist nicht so umständlich. Mit Erfolg hat sie den mächtigsten Kapitalinteressen und sogar der allgemeinen Unzufriedenheit Trotz geboten und sie unterdrückt, wenn es gegen das ging, was sie ihre nationalen Interessen nennt. Es liegt im Wesen der Sowjetregierung die Initiative zu ergreifen; und die Natur der unsrigen bedingt es, darauf lediglich zu reagieren.

Zweitens: Die Kommunisten haben Handlungsfreiheit. Die amerikanische Regierung ist an alle Arten von nationalen und außenpolitischen Interessen gebunden. Dazu gehören viele, die belastend und beengend sind, wie jene, die durch das New Deal, das Bauernprogramm und durch die Schutzzölle entstanden sind; und viele, um es gelinde auszudrücken, die peinlich sind, wie die für Tschiang-Kai-Schek und die früheren französischen Interessen in Indochina. Dennoch haben sich manche dieser Verbindlichkeiten nicht nur durch den Wandel der Zeiten be-

### INHALT DIESER BEILAGE:

Joseph H. Spigelman:

„Die Wandlung zur Initiative“

Ernest J. Salter:

„Moskau — Bonn — Pankow“ S. 58

währt, sondern sie haben auch den Regierungswechsel überdauert. So wird zum Beispiel das Farmer-Hilfsprogramm in den Grundlagen von allen anerkannt.

Die gemeinsame Außenpolitik der beiden Parteien stellt nur Details unserer außenpolitischen Verpflichtungen zur Diskussion. Da es keine Streitfrage gab, war man zunehmend geneigt, gewisse politische Unternehmungen wie die EVG, die Verteidigung Indochinas und die Verteidigung Formosas zu unterstützen und so lange grundsätzlichen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen, bis wir demütigende und fast unkorrigierbare Niederlagen hinnehmen müssen.

Die russische Regierung macht derlei Schwierigkeiten nicht durch. Sie begeht Irrtümer, aber die fechten sie nicht an. Sie ist nicht einmal

solchen Einrichtungen und Interessengruppen verpflichtet, die sie selbst ins Leben rief, und sie kann einer Politik Hohn sprechen, die sie eben noch höchst feierlich verkündet hatte. Daher kann sie auch frank und frei vernichten und verwerfen, was nicht länger ihren Zwecken dient. Sie kann Sündenböcke herausstellen, die man für politische Fehler verantwortlich macht, und sie bringt es fertig, massenweise Opfer zu finden, an denen die Konsequenzen solcher Irrtümer demonstriert werden können.

Solches geschah in den frühen zwanziger Jahren, als Lenin den Kulaken und Nepmännern (NEP = Neue Ökonomische Politik, d. Übers.) sagte „Bereichert Euch!“ Als sie das taten und deswegen den Neid und die Mißgunst der im Elend lebenden Massen erregten, wurden sie zu Millionen verladen, um in sibirischen Arbeitslagern dahinzusiechen. Stalin befahl die Monsterprozesse der späten dreißiger Jahre und organisierte zu diesem Zwecke eine Armee von Richtern. Als dann die Prozesse Rußland zu ruinieren drohten, wandte er sich gegen die Richter und richtete sie dafür, daß sie ihre Arbeit getan hatten. Im Jahrzehnt von 1918–1927 zettelte das

Politbüro Aufstände in Deutschland, Ungarn, Bulgarien, China und anderswo an, um sich dann skrupellos von jenen loszusagen, die ihnen zu Willen waren, aber mit der Aufgabe Schiffbruch erlitten. Nach dem Berliner Aufstand vom 17. Juni 1953 verurteilte Malenkow beide: jene, die er für die Verhältnisse, die zum Aufstand führten, verantwortlich machte, und jene, die nicht imstande waren, mit den Rebellen fertig zu werden. Und in der jüngsten Vergangenheit wurde Malenkow selbst zum Sündenbock für Fehlschläge, insbesondere in der Landwirtschaft gemacht — für die vornehmlich Chruschtschow verantwortlich war.

Rußland hat also wiederholt Fehler gemacht, die sich als verheerend, vielleicht als tödlich erwiesen hätten. Dennoch geschah es jedesmal, daß es, wie jenes monströse Krustentier, den Teil seines eigenen politischen Körpers zu amputieren vermochte, der sich in Irrtümern und deren Folgen verfangen hatte. Und so konnte es sich von allem freimachen, frei für eine neue, kühne und kräftige Politik, die unbelastet war von den Verpflichtungen und Verantwortungen der gestrigen.

## Auf der Seite der Vergangenheit

Das also waren die sekundären Gründe. Der Hauptgrund, warum wir in der Defensive sind, liegt darin, daß wir uns gezwungen fühlen, den Rückzug einer geschlagenen Sozialordnung zu decken. Dies ist im wesentlichen nicht unsere eigene Gesellschaftsordnung, aber eine, die zerstört zu sehen wir uns nicht erlauben können, ohne ein Chaos zu gewärtigen, das die Gefahr unseres eigenen Untergangs mit sich brächte.

Die Ordnung, die die Kommunisten angreifen, und die wir da notgedrungen verteidigen, ist die Ordnung von Privilegien, also das geschützte Recht einer Nation, Rasse, Klasse, Institution oder individuell gesehen: das Recht auf größeres Einkommen, größere Macht, oder eine höhere gesellschaftliche Stellung, ein Anspruch, der als zu hoch von denen angesehen wird, die den Preis zu zahlen haben, gemessen an dem Beitrag, der für das allgemeine Wohlergehen von jenen geleistet wird.

Die Kommunisten haben die Initiative, weil sie eine Ordnung angreifen, die bereits besiegt ist. Sie stehen im Kampf gegen Interessengruppen und Einrichtungen, die den meisten Völkern der Erde verhaßt sind: das Kolonialsystem Großbritanniens, Frankreichs und der Niederlande und die nagende Erinnerung an diesen Kolonialismus; den Rassenhochmut der weißen Herren in Asien, Afrika und Südamerika; die Eigentumsrechte der feudalen Grundherren und Dorfwohner; das Vorgehen der unterdrückenden und ausbeutenden Industriellen Europas; die verletzende Art des Militarismus und Klerikalismus in Spanien und Südamerika; die korrupten und unfähigen Regierungen der Bao-Dai und Tschiang-Kai-Schek, der arabischen Scheichs und der Karibeanischen Bananenrepubliken; all die Ruinen eines verfallenden Systems, das nur zu bleiben vermag, weil wir es stützen.

Weil die kommunistische Bewegung die unerbittlichste und wirksamste Opposition zur bestehenden Ordnung ist und besonders zu allem, was man je als deren größte Mißstände anzusehen geneigt sein kann, dient sie als Sammelbecken der Unzufriedenen jedweder Art. Dem elenden Pächter kalabrischer Latifundien, dem vietnamesischen Intellektuellen, der erzürnt darüber ist, daß er von seinen früheren Imperialherren beim geringsten Anlaß noch immer als minderwärtig betrachtet wird; den Führern der Farbigen, für die der Westen die weiße Vorherrschaft bedeutet; und all den Millionen die ihre Ressentiments gegen die bestehende Ordnung hegen, scheint der Kommunismus die Befreiung zu bedeuten.

Das heißt nicht, daß all die Millionen kommunistisch wählen. In Wahrheit tut das nur ein ganz geringer Teil. Aber die Gefahr ist vorhanden, daß es mehr werden könnten. Und diese ständige Bedrohung, heute schwindend, morgen auf dem Vormarsch, trägt zur kommunistischen Initiative bei. Denn die Drohung ist einseitig, weil in einer Demokratie immer die Möglichkeit besteht, daß — wenn schon nicht die Kommunisten — so doch ihre Vorläufer gewählt und zur Macht gelangen können. Einmal an der Macht, sind sie nicht mehr durch freie Wahlen aus ihrer Position herauszubringen. Und wir haben bislang kein Mittel zu finden vermocht — außer dem eines unausdenkbaren Weltkrieges — das ihre Herrschaft gefährden könnte.

Daß es den meisten Menschen unter kommunistischer Herrschaft schlechter geht als zuvor, hilft uns weniger als wir vermeinen. Viele Pro-Kommunisten wissen das auch schon. Aber Revolutionen sind eben nicht die Produkte der Vernunft, sondern die von irrationalen, ja abwegigen Gefühlen. Sie werden nicht für die Ver-

besserung materieller Verhältnisse gefochten, sondern für die Tilgung uralter Ungerechtigkeiten. Mögen auch die Kosten der Tilgung höher sein als die Tolerierung der Ungerechtigkeiten, der zumindest im Anfang errungene emotionelle Gewinn wiegt den materiellen Preis wohl auf, sogar den Jammer und Schrecken des Kommunismus.

Uns hilft nicht, daß wir jene Gesellschaftsordnung der Privilegierten nur widerwillig unterstützen, daß wir es entgegen unseren Grundsätzen und unserer ursprünglichen Wesensart tun, lediglich von der augenscheinlichen Notwendigkeit und der ehrenhaften Verpflichtung diktiert. Nichts ist verhaßter und verletzender, als die Verteidigung eines Vorrechtes, das seiner selbst nicht sicher ist. Die Reformen, die wir durchführten, sehen aus, als hätte man sie uns unter revolutionärem Druck abgerungen wofür die Kommunisten für gewöhnlich den Dank in Anspruch nehmen, wie sie es zum Beispiel in jenen Landstrichen Italiens taten, wo man den Feudalherren Land wegnahm und es den Bauern gab.

Gerade, weil wir uns bis zu einem gewissen Grad erfolgreich bemühten, Unrecht zu beseitigen und die Lebensweise zu verbessern, wächst die Unzufriedenheit. Wir nährten eine „Revolution steigender Erwartungen“ und sie kehrt sich gegen uns. Menschen, die nach Millenien der Hoffnungslosigkeit entdeckt haben, daß man die Dinge letztlich doch ändern kann, werden sich nicht mehr mit kleinen Veränderungen und unbedeutenden Verbesserungen zufrieden geben. Sie werden mehr Verbesserungen wünschen und noch mehr wollen, mehr wahrscheinlich, als wir ihnen zu geben imstande sind.

Eben weil der westliche Imperialismus im Absterben begriffen ist, werden die Massen, die erkannt haben, daß die alte Ordnung nicht unsterblich ist, wie sie das bislang angenommen hatten, dazu inklinieren sie zu beseitigen: und sie werden diejenigen als ihre Feinde betrachten, die — aus Gründen des Anstands und der Ordnung — alles zu verzögern und zu mildern versuchen.

Solange wir es für nötig halten, die Überreste der Privilegien zu verteidigen, wird uns die Initiative genommen sein. Wir können zum Beispiel nicht dadurch Rußland die Initiative entreißen, daß wir eine stärkere militärische Macht darstellen wollen als sie, wie wir das versucht haben. Hat Rußland einmal genug Atombomben, genug Flugzeuge und ferngelenkte Raketen, um dieses Land zu „saturieren“ — und dieses Stadium wird schnell erreicht sein, wenn es nicht gar schon so weit ist — dann wird das Ausmaß der amerikanischen Überlegenheit, wie groß es auch sei, seine Bedeutung verlieren.

Da Rußland dem entgegen geht, was Thomas K. Finletter die „absolute atomische Luftmacht“ nennt, ist an einen Beginn von bewaffneten Feindseligkeiten nicht zu denken. Wir wissen das; unsere Verbündeten wissen es; Rußland weiß es. Unsere militärische Stärke ist daher nur von defensivem Wert und unser Verlaß auf sie kann die kommunistische Initiative nur bestärken.

Solange wir für die Privilegierten Partei ergreifen, wird unsere Propaganda im großen und ganzen belanglos bleiben; und genau so irrelevant bleibt die „Wahrheit“ über Amerika und die „Wahrheit“ über Rußland. Denn die amerikanische Lebensweise erscheint Außenstehenden einfach unglaublich, wir scheinen ihnen ein Märchen aufzutischen, das angetan ist, die Hoffnung der Menschen zu narren.

Weil die kommunistische Tyrannei außerhalb der Erfahrung und so sehr außerhalb des Begriffsvermögens der meisten Menschen liegt, sieht es aus, als gingen wir gegen eine Garnitur fernliegender Abstraktionen an, anstatt gegen die tatsächlichen Übel ihrer Lebensumstände.

Was die Mehrzahl der leidenden Menschheit hören will, ist nicht die Wahrheit, sondern glaubhafte Verheißungen.

Weil wir mit der bestehenden Ordnung identifizierbar sind, vermögen wir nur wenige überzeugende Versprechen zu geben. Die Kommunisten, als Angreifer dieser Ordnung, können dagegen überaus wirkungsvoll die Vernichtung dieser Ordnung propagieren, was sie auch tun. Das hat, mit den Worten John Foster Dulles „eine ungeheure Anziehungskraft auf alle Menschen, die sich unter der bestehenden Ordnung betrogen und unterdrückt fühlen“. Wir versprechen wohl die Freiheit; aber die meisten Menschen wünschen viel weniger eine Freiheit im allgemeinen, wie die ganz besondere Freiheit,

die sie ihre eigene schlimme Erfahrung zu schätzen gelehrt hat — die Freiheit von habgierigen Grundherren, Geldverleihern und Steuereinzählern, von Unternehmern, die billige Arbeitskräfte kaufen und die Arbeitsprodukte teuer verkaufen; von bestechlichen, unfähigen und anmaßenden Beamten; von all den besonderen und konkreten Verhältnissen, unter denen sie ausgebeutet, unterdrückt und erniedrigt werden. Und weil wir nicht imstande sind, eine solche Freiheit wirklichkeitsnah zu versprechen, hat unsere Propaganda nur eine beschränkte Wirksamkeit.

Weil wir noch immer den verbliebenen Resten der Klassenordnung verhaftet sind, fehlt unserer Opposition gegen den Kommunismus sogar die Überzeugungskraft gegenüber den Opfern des kommunistischen Regimes. Welchen Enthusiasmus könnten wir von den Chinesen erwarten, hätten wir eine sinnvolle Alternative zum Kommunismus anzubieten! Aber die Wiedereinsetzung Tschiang-Kai-Scheks ist wohl ohne Sinn.

Und man fragt sich, wie wir bei den Russen Resonanz finden können, solange wir Emigrantengruppen unterstützen, die noch immer zaristische Fossile und Nazikollaborateure beherbergen? An den drei Stellen, wo wir den Kommunismus zurückwarfen — in Griechenland, Korea und Guatemala — waren die Ergebnisse, um es milde zu sagen — gewißlich nicht aufregend.

## Mit Almosen ist nichts zu erreichen

Solange wir mit den Privilegien verwoben sind, werden uns sogar unsere wirtschaftlichen und technischen Hilfsprogramme, auf die sich viele verlassen, nicht zur Initiative verhelfen. Einmal, weil ein großer Teil der Hilfe, die wir durch den Marshall-Plan, Punkt-4-Programm und andere Projekte gegeben haben, über die einzelnen Regierungen gingen, die sie dann an privilegierte Gruppen weitergaben. Die Massen haben davon, wenn überhaupt, nur indirekte Vorteile gehabt. In Frankreich und Italien haben Firmen, deren Betriebe mit den Mitteln des Marshall-Planes wiederaufgebaut und modernisiert wurden, Riesenprofite gemacht; es ist bekannt, daß viele unter ihnen den Arbeitern überaus niedrige Löhne zahlen. Ist es dann ein Wunder, wenn unsere Großzügigkeit die kommunistischen Einflußsphären dieser Länder nur sehr wenig geschwächt hat?

In den unterentwickelten Gebieten war unsere Unterstützung auch kein ungetrübter Segen... Unsere technischen Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft machte in manchen Gegenden den Anbau ergiebiger und die so begünstigten Bauern wohlhabender; aber es hat auch eine große Zahl von unbeschäftigten Landarbeitern mit sich gebracht, die auf den so modern geführten Höfen nicht mehr benötigt werden. Laut „Economist“ (London), der einen Spezialbericht über Indien brachte, beträgt die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten auf dem Lande, im Indien von heute, achtzig Millionen. Diesen

Menschen dürfte es schwerfallen, die amerikanische Großzügigkeit zu schätzen.

So geht es auch mit unserer Hilfe für die Industrie. Sie hat den Ertrag gesteigert; aber sie hat auch ein städtisches Proletariat geschaffen, das in größerem Elend lebt als die Bauern und Stammesbrüder, denen es entstammt. Zusammengepfercht in den Hüttenstädten, die einen Gürtel um die großen Städte Asiens und Afrikas bilden, enturzelt ihrer Tradition oder Heimat, können diese Menschen von jeder Agitation bewegt werden, wie Schilfrohr im Wind.

Ärztliche und sanitäre Maßnahmen haben die Sterblichkeitsziffern in vielen Gebieten gesenkt; da aber die Geburtenzahl hoch bleibt, bedeutet das nur eine wachsende Bevölkerung. In Südamerika, wo wir mit medizinischen Hilfeleistungen besonders großzügig waren, ist ein geradezu explosives Hochschnellen zu verzeichnen. Wo sich eine Bevölkerung rascher vermehrt, als Nahrungsmittel erzeugt werden können, werden wir den Nettoeffekt unserer Generosität mit vermehrtem Volkseid zu buchen haben.

Tolstoi sagte einmal: „Wenn die Gesellschaftsordnung schlecht ist (wie die unsere) und eine kleine Zahl von Menschen Macht über die Mehrheit hat und diese unterdrückt, wird jeder Sieg über die Natur unvermeidlich dazu dienen, diese Macht und die Unterdrückung zu vermehren. Und so geschieht das in Wahrheit auch...“

Wir wünschen bestimmt nicht, daß dem so wird. Aber solange wir — wie widerwillig das

auch geschehen mag — uns mit Traditionen und der Klassenordnung verbinden, hat die Bevölkerung der zurückgebliebenen Gebiete keine Sicherheit, daß unser wirtschaftlicher und technischer Beistand nicht eben dahin führt. Gerade unsere Großzügigkeit lenkt den Verdacht herbei, daß sie den Deckmantel für imperialistische Ziele abgibt; daß wir die Waffen liefern, die dann letztlich gegen die Unterdrückten gerichtet werden. Indien ist heute wild vor Angst — und das gleiche finden wir in anderen „zurückgebliebenen“ Gebieten.

Selbst dort, wo es eine wirkliche Verbesserung des Lebensstandards gibt, sind die Kommunisten noch immer dabei, politisches Kapital herauszuschlagen —, wie das Eugene Staley in „The Future of the Underdeveloped Areas“ ausführt, — bereitet sehr aktiv und sehr wahrscheinlich den Nährboden für eine kommunistische Agitation, manchmal, nachdem ein wirtschaftlicher Fortschritt begonnen hat.

Wir waren von der Vorstellung des Magen-Kommunismus irregeleitet; von der falschen Idee, alles was die Menschen wollten, sei, sich die Bäuche zu füllen; dann würden sie sich keinen Deut um die Kommunisten scheren. In dieser Hinsicht sprechen wir weit materialistischer als jene. Wir versuchen — im großen und ganzen — vergeblich die Mägen der Hungrigen zu füllen. Die Kommunisten appellieren dagegen an die getretene Menschenwürde, und sie versprechen jene zu vernichten, die sie unterjocht und gedemütigt hatten. Die farbigen Völker, und das sind nahezu vier Fünftel der Menschheit, möchten vor allem das Minderwertigkeitsgefühl ausrotten, das man ihnen aufoktroiert hat. Ein Angebot von Brot kann sie nicht beschwichtigen.

Erfolgreich haben wir die Unterstützung der Regierungen erkaufte. Allein diese Hilfe kann nicht beibehalten werden. Unsere Bereitwilligkeit und Fähigkeit, zu geben, haben sich verringert, denn mit dem Geben haben wir die Potenzialität des Gebens verloren. Vergünstigungen, die man zu lange gewährt, werden allmählich als ein Recht angesehen, und jede Verkürzung wirkt als Beleidigung. Die Fähigkeit, Geschenke zu machen, ist es, die Freunde gewinnt — nicht aber Gaben, die schon verteilt und verbraucht sind.

Sehen wir uns einmal Deutschland und Japan an, deren Freundschaft wir uns so heftig zu sichern trachteten. Nun, da wir ihren Wiederaufbau finanziert, ihre Souveränität wieder hergestellt, ihre Wiederaufrüstung gestattet und ihre Gleichstellung mit anderen Nationen betrieben haben, bleibt kaum noch etwas übrig, was wir für sie tun könnten. Deswegen mag es Japan vorteilhaft finden, mit den Herren des asiatischen Kernlandes zu Rande zu kommen, wo es seinen natürlichen Markt und seine natürlichen Rohstoffquellen hat. So steht es auch mit Deutschland. S. M. Handler sagt es in der „New York Times“: „Die Westdeutschen, die die lange Liste der Gaben aus dem Westen ausgeschöpft haben, wissen sehr wohl, daß im Osten eine Macht existiert, die noch nicht angefangen hat, zu geben — eine Macht, die viel zu geben hat.“

## Was Rußland anbietet

Was die Kommunisten anzubieten haben, ist etwas, was insbesondere die zurückgebliebenen Gebiete, die heutzutage die entscheidende Front sind – mehr brauchen als wirtschaftliche und technische Hilfe: Erstens: den Willen und die Macht, Indolenz, Analphabetismus, Vetternwirtschaft, Korruption, hemmende Sitten und vor allem den Widerstand der privilegierten Schicht zu überwinden; einer Schicht, der es bevorsteht, ihre Vorrechte in einer dynamischen Gesellschaft einzubüßen. Zweitens: den Willen und die Fähigkeit, die Gesellschaft für konstruktive Aufgaben zu mobilisieren, und sie so zu organisieren, daß sie die vom Industrialismus zerrissene und angefaulte ersetzen kann. Barbara Ward stellt es so dar: „Die Kommunisten ent wurzeln nicht nur die Dörfer, bauen Städte, rekrutieren industrielle Arbeitskraft und investieren aufs neue rücksichtslos die „Ersparnisse“ die aus der Unterkonsumierung der Massen gezogen wurden, sondern sie stellen auch wieder auf ihre ungehobelte Art die Sicherheit des dörflichen Lebens her... Dieser schrecklichen Anziehungskraft, die der Kommunismus auf die unterentwickelten Völker, aber auch auf die verhältnismäßig verwirrten und entwurzelten Schichten in den Dschungeln westlicher Großstädte ausübt, wird nur schwerlich widerstanden werden, es sei denn, von der westlichen Seite wird etwas unternommen, was an Klarheit und Verständnis gleichwertig ist...“

Die Ergebnisse der kommunistischen Mobilisierung waren Verschwendung, Untüchtigkeit, ungeheuerliche Grausamkeit und abgründiges Leid; die Versklavung von Abermillionen; die unheilvollsten Mißerfolge in der Produktion, besonders in der Landwirtschaft; Überspitzungen und Spannungen entstanden, die zuzeiten die gesamte Wirtschaft zu zertrümmern drohten. Aber das bedeutet zugleich auch die phänomenal rasche Entwicklung eines so zurückgebliebenen Landes wie Rußland, in dem sich – um eine Autorität zu zitieren – „seit der Einführung des ersten Fünfjahresplanes (1928) bis zum Ende des vierten Fünfjahresplanes (1950) die Produktion sechsmal erweitert hat – unbeschadet der furchtbaren Zerstörung der Sowjetindustrie durch den zweiten Weltkrieg.“ Das ist ein Ausmaß an industriellem Wachstum, das (um eine andere Autorität zu Worte kommen zu lassen) „wesentlich das Höchstmaß an industriellem Wachstum aller Nationen in den letzten hundert Jahren übertrifft“. Auf Grund der außerordentlich konservativen Schätzungen, die die Kongressbibliothek im Auftrage des Joint Committee (Gemeinsamer Ausschuss von Senat und Repräsentantenhaus, d. Übers.) zusammengestellt haben, hat Rußlands Brutto-Nationalprodukt, trotz der nachhinkenden Landwirtschaft, seit dem Jahre 1948 um 50 Prozent mehr zugenommen, als unser eigenes.

Über China waren keine definitiven Zahlen zu erhalten, aber man weiß genug, um sich im klaren zu sein, daß es sich um einen gelehrigen Schüler der Sowjets handelt. So hat sich die Stahlerzeugung, „ein guter Hinweis auf

die Industrialisierung einer Wirtschaft“ von 1949–1952 um ein Achtfaches gesteigert, wobei sie um diesen Zeitpunkt nahezu 50 Prozent höher lag, als die vorausgegangenen Spitzenerträge. Es wird geplant, die Stahlproduktion bis zum Ende des ersten Fünfjahresplanes im Jahre 1957 zweieinhalbmal zu steigern. W. W. Rostow im „The Prospect for Communist China“ (Die Aussichten des Kommunistischen China), kommt zu dem Schluß, daß der Fünfjahresplan allen landwirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Trotz im großen und ganzen vollendet sein wird, auch dann, wenn Mao-Tse-Tung in der Zwischenzeit sterben würde – außer es würde eine große Spaltung in der Führerschicht geben oder eine katastrophale Kriegsniederlage.

Die kommunistischen Methoden sind rau und brutal, allein, sie wissen mit Erfolg den Eindruck hervorzurufen, daß sie „mit den Dingen fertig würden“. Wie der „Economist“ schrieb, „vorausgesetzt, genug Menschen werden geopfert; vorausgesetzt, eine genügend eiserne Tyrannei wird aufgezwungen; vorausgesetzt, der Rausch an der Staatsmacht kann als Ersatz für persönliche Befriedigung aufrecht erhalten werden, zeitigt die Sowjetmethode Erfolge“.

Es gibt viele direkte Beweise aus dem heutigen Indien, wonach die indische Stadtbevölkerung vor allem Erfolge verlangt. Angesichts der Notwendigkeit einer rapiden Industrialisierung,

stehen die meisten unterentwickelten Gebiete vor der Frage, ob sie sich den langsamen, und für die westlichen Demokratien traditionellen Entwicklungsprozeß leisten können.

Dies um so mehr, als sie infolge der ständig anwachsenden Bevölkerung gezwungen sind, eine katastrophale Senkung des Lebensstandards zu verhindern. Sie müssen erstarken, und sie sind dabei, koste es was es wolle, den Nationalstolz zurückzugewinnen. Dies alles erfordert von ihnen, daß sie hundert Jahre Geschichte im Eiltempo einholen. Ihre Intellektuellen neigen zu der Auffassung, der Kommunismus sei nicht der Feind der westlichen Zivilisation, sondern sein fortgeschrittenster Sektor, gewissermaßen das Treibhaus, um auf westlichen Standard hinaufzuwachsen. Weil die Kommunisten behaupten, die rauen Anforderungen der Lage klar zu erkennen, spricht das die „zurückgebliebenen“ Völker desto stärker an.

Wie es George F. Kennan, unser vormaliger Botschafter in Rußland in einem Beitrag zu einem Symposium „Die Bedrohung durch den Sowjetimperialismus“ ausdrückt, „ist die Sowjetmacht eher mehr als weniger anziehend für sie, gerade durch die Tatsache, daß sie begleitet ist von physischer Mühsal und von Entbehrungen, dem Opfer persönlicher Interessen, dem Verzicht auf auffallenden Luxus und körperliches Verhättseln, und von der Anmaßung eines prahlerischen Eigendünkels durch die sich der westliche Mensch in so vielen Teilen der Welt verhaßt und verachtet machte“.

## Der Wendepunkt

Liefen die Dinge auf diese Art weiter, dann würden die kommunistische Macht und ihr Einfluß auf einen Punkt kommen, wo wir vor der Alternative stünden, uns zu unterwerfen oder einen selbstmörderischen Krieg zu führen. Gottseidank sind aber Kräfte am Werk, die dahin arbeiten, daß die Rollen vertauscht werden, daß also wir die Initiative ergreifen, und daß das Sowjetreich in die Defensive gedrängt wird.

Es gibt dafür untrügliche Zeichen, vor allem einmal, scheint Rußland seine alte Fertigkeit, sich frank und frei peinlicher Verpflichtungen zu entledigen, einzubüßen. Die gegenwärtige Führung kann die chinesischen Kommunisten nicht mit jener souveränen Geringschätzung behandeln, wie sich das Stalin für seine ausländischen Vasallen zugelegt hatte.

Die Führer von heute haben sich in langfristige Abmachungen eingelassen, von denen sie sich nur schwer und unter unsäglich hohen Kosten freimachen könnten. Man würde zu einem Krieg und damit zur eigenen Zerstörung gezwungen werden, verteidigte man ein China, das man nicht unter völliger Kontrolle hielte, und das die ganze Großspürigkeit einer neuen revolutionären Macht zur Schau trägt, eine Großspürigkeit, die Rußland selbst schon abgestreift hat.

Die Sowjetregierung kann heute mit dem eigenen Volk und den Satelliten nicht mehr so

herumspringen. Das Volk scheint heute weniger als in vergangenen Zeiten gewillt, die Schuld für die Irrtümer seiner Führer auf sich zu nehmen. Eine neue Mittelschicht von Bürokraten, technischen Experten und begünstigten Künstlern ist auf dem Plan, mit gefestigten Ansprüchen, die zu beschützen sind, und mit dem nötigen Einfluß, den Schutz zu erhalten.

Die Massen der Völker fordern ungestüm ein offizielles Versprechen, den Lebensstandard zu heben und den Frieden zu sichern. Chruschtschow wird es auf die Dauer unklug finden, diese Forderungen zu ignorieren, obwohl es im vergangenen Februar 1955 eine Rückkehr zur strengen Sparwirtschaft gegeben hat. In dem Maße, wie sich die Regierung dem beugt, wird sie sich auf einen bestimmten Kurs festlegen und damit etwas von der revolutionären Freiheit einbüßen, die einstmal ihre Stärke war.

Noch bezeichnender ist die Tatsache, daß der Kommunismus allmählich dazu gelangt, seinen eigenen Status bevorrechteter Schichten anzunehmen. Mit dem Anwachsen und Reifen seiner Macht, entwickelt sich der Kommunismus zur Hierarchie und zur festgelegten Ordnung. Die Kommunistische Partei ist nicht mehr die ergebene, sich aufopfernde Bruderschaft, deren Mitglieder nie mehr verdienen durften als ein Hilfsarbeiter an Lohn ausbezahlt bekam, wie das in der ersten Zeit nach der Revolution der Brauch war. Statt dessen wurde sie zur bevor-

rechteten Schicht, mit den Privilegien eines erblichen Status, insbesondere, was die Möglichkeit einer höheren Ausbildung betrifft. Geht diese Umwandlung weiter vor sich, dann werden ihre Folgen unweigerlich wachsender Neid und Mißgunst sein, wie das bei Bevorrechteten immer geschieht.

Ebenso, wie die Kommunisten in Rußland selbst auf eine privilegierte Stellung lossteuern, hat Rußland einen bevorzugten Stand in der Welt verlangt. Es hat sich fremder Völker bemächtigt. Es fordert Macht und Vorrechte, die größer sind als der entsprechende Beitrag zum Wohlergehen von jenen Völkern eingeschätzt wird.

Die Jugoslawen wiesen mit Erfolg eine solche Anmaßung von Vorrechten zurück und sicherten sich die offene Anerkennung ihres Erfolges. Die Chinesen haben in der ihnen eigenen subtilen Art recht erfolgreich die russischen Vorrechte beschränkt, wie das die Punkte der im verflochtenen Herbst getroffenen Sino-Sowjetabmachungen zeigen. Allein, andere Nationen sind noch immer Rußlands Opfer. Mit der Ausdehnung der Macht Rußlands werden immer mehr Menschen erkennen, sei es als Opfer oder als Zuschauer, welchen Preis Rußland für angebliche Wohltaten fordert. Eben dieser Erfolg kann zu seiner Nemesis werden.

Dies aber nur, wenn Amerika imstande ist, diese Entwicklung auszunützen. Glücklicherweise mehren sich die Möglichkeiten dazu. Der Verfall des Imperialismus, der Rassenvorherrschaft und andere Formen westlicher Privilegien gibt uns nicht die Initiative — eher das Gegenteil, wie wir gesehen haben — aber er bereitet den Boden dafür.

So gestattet uns der Untergang des französischen Kolonialismus in Indochina einen weit aus positiveren Standpunkt gegen den Kolonialismus in unserer Propaganda auszudrücken. In Nordafrika scheinen die Franzosen ihre Fehler von Indochina wiederholen zu wollen — mit der wahrscheinlichen Folge, dort ihre Domäne zu verlieren. Das holländische Kolonialreich ist bereits aufgegeben. Die Engländer stehen im Begriff, schnell zu liquidieren, indem sie die vorher beherrschten Völker die Nachfolge antreten lassen. Und so wird es bald keine Kolonialreiche mehr geben, deren Verteidigung sich lohnte.

So ist es auch um die anderen Arten der Privilegien bestellt. In vielen Gebieten wurde das Eigentum der Feudalherren, der Gutsbesitzer und anderer Grundherren bereits auf-

gekauft oder einfach enteignet. Die befestigten Stellungen von Armee und Kirche wurden gebrochen und nur vereinzelt Festungen, besonders z. B. in Südamerika halten noch durch. Die Rassenvorrechte, die einzige Art an großen Vorrechten, in die auch Amerika noch direkt verstrickt ist, sind in einem Stadium, das einen baldigen Bruch mit der Vergangenheit herbeiführen wird. Je mehr sich die Lebensart der Neger der der Weißen angleicht, desto bedeutungsloser wird das Festhalten an dem Theorem von der Überlegenheit der weißen Rasse werden, bis wir endlich in der echten Praxis und nicht nur formell und offiziell, die Manifestationen jeglicher Art Vorrechte verwerfen können. In absehbarer Zukunft wird dann Amerika in der Lage sein, einen festen Standpunkt einzunehmen und den Schwerpunkt seiner Propaganda von beziehungslosen „Wahrheiten“ über Amerika zu der lebendigen IDEE Amerika zu verlegen — der Idee von einer Gesellschaft, deren Ordnung offen zutage liegt, in der nichts ohne hinreichende Bewährung eingerichtet werden kann, in der sich Macht, Stellung und Eigentum unaufhörlich durch ihre Beiträge zum Wohlergehen der Masse zu rechtfertigen haben und ganz besonders für den Wert und die Würde des Einzelnen.

Dann müssen wir von unseren Staaten verlangen, daß sie definitive Richtlinien erlassen, um die Spuren der Rassentrennung zu tilgen. Es würde bedeuten, bei unseren Verbündeten und bei den von uns Abhängigen unter der Androhung von Sanktionen darauf zu dringen, daß sie endgültige Erlasse herausgeben, Stück für Stück die Überbleibsel der Kolonialherrschaft zu liquidieren. Es wird bedeuten, daß wir aufhören müssen Regierungen zu helfen, die sich auf Privilegien stützen — das Francoregime und die südafrikanischen Nationalisten zum Beispiel — auch dann, wenn sie ideologisch in Opposition zum Kommunismus stehen, und auch, wenn es unserer militärischen Verteidigungskraft eine Einbuße bringen würde (was sehr zweifelhaft scheint). Es wird bedeuten, im Kampfe gegen den Kommunismus mit dem Verlaß auf privilegierte Schichten und Einrichtungen ein Ende zu machen — mit dem Verlaß auf eingessene Kirchen, Militärkassen, korrupte Bürokratien, auf veraltete Eigentumsrechte. Es wird in manchen Fällen bedeuten, aktiv die Partei des Volkes gegen seine Bedrücker zu ergreifen.

Wir können in Freiheit leben, nicht, indem wir gegen die Weltrevolution sind; die geht

ihren Weg was immer wir oder die Russen unternehmen, sondern indem wir ihnen die Führung dieser Revolution aus den Händen reißen und sie selbst lenken. Nicht der Kommunismus ist die Revolution unserer Zeit: Was er tat war nur, die Kräfte, die potentiell revolutionär sind, auszunützen und sie zu verraten. Wenn die unterdrückten Völker die Überzeugung gewannen, daß die Alternative zum Kommunismus nicht das Weiterbestehen oder die Wiederaufrichtung der alten Privilegien ist, sondern eine neue Ordnung, die ihnen die Zusage gibt, daß die Vorrechte verschwunden sind, dann würden Hoffnung und Lebenszweck ihrer Unzufriedenheit neuen Auftrieb geben und auf bessere Wege leiten. Dann würden sie im Bewußtsein der Aussicht auf ein besseres Leben organisieren und schaffen. Dies muß nicht die für sie beziehungslose und unglaubwürdige amerikanische Lebensform sein, aber eine, in der es all die konkreten Mißstände nicht mehr gibt, die sie so gut kennen und am meisten hassen.

Es klingt paradox, aber die Hoffnung, daß wir den Kommunismus schließlich doch bezwingen werden, beruht auf der Einsicht von der Unzulänglichkeit unserer Verteidigungsmaßnahmen — nicht ihres völligen Versagens, was katastrophal wäre. Unsere Hoffnung rührt von dem wachsenden Verstehen dieser Unzulänglichkeit her. Indem wir erkennen, warum wir mit den Defensivmethoden keinen Erfolg hatten, lernen wir auch die Möglichkeiten einer Offensivaktion kennen. Im letzten Jahrzehnt mußten wir, um nicht überrumpelt zu werden, Stellung beziehen. Obwohl wir die tragische Unangemessenheit erkennen, mußten wir tun, was Großbritannien in Dünkirchen tat, um auf diese Art Zeit zu gewinnen, um Kraft zur Offensive zu entwickeln. Glücklicherweise gab das aber auch Zeit, westliche Vorrechte zum Schwinden zu bringen, bis das, was noch verbleibt, bestimmt nicht wert sein wird, es zu verteidigen, so daß wir endlich in unserem eigenen wahren Interesse handeln können. Je weniger überkommene Interessenssphären zu verteidigen sind, um so größer sind die Chancen wieder die Initiative zu übernehmen, — nicht mit den Waffen in der Hand — sondern durch eine politische und moralische Führung, die wohl auf der Vergangenheit beruht, und dennoch nicht von ihr behindert und belastet ist. Mit der Eignung für eine solche Führungsaufgabe bedarf es für unseren Sieg nicht des Auswegs der Waffen.

ERNEST J. SALTER

# Moskau - Bonn - Pankow

## Tendenzen der sowjetischen Außenpolitik

*Wenn jemand von uns erwartet, daß wir uns von unseren Zielen lossagen, von unserer Überzeugung, daß die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin richtig sind, dann irrt er sich gewaltig. Den Leuten, die darauf warten, können wir nur versichern, daß sie warten werden bis Ostern und Pfingsten auf einen Tag fallen.*

Nikita Chruschtschow beim Empfang der Delegation der Sowjetzonen-Regierung. („Neues Deutschland“, 18. September 1955.)

### I. Über den Sinn der Ko-Existenzpolitik

Seit dem Jahre 1918 führt die Sowjetunion einen Kampf um Deutschland. Form und Methoden dieses Kampfes haben gewechselt, das Ziel ist geblieben: Die Bolschewisierung des Kernlandes von Mitteleuropa, einer Barriere, ohne deren Überwindung eine Verwirklichung der kommunistischen Ideen im volksdemokratischen Rahmen bis an die Ufer des Atlantik unmöglich ist.

Ein totalitärer Staat wie die Sowjetunion hat zahlreiche Taktiken um sich seinem Ziel zu nähern. Die SU benutzt die kommunistischen Parteien als Sprengstoff in den sozialen Auseinandersetzungen der westlichen Gesellschaft, sie lockt Intellektuelle und Kulturpolitiker mit der bevorzugten Stellung dieser Schicht in den kommunistischen Staaten, sie verwendet nationalistische Ressentiments ebenso wie egoistische Gruppeninteressen von Industriellen oder Kaufleuten. Diplomatische Beziehungen und wilde Streiks, Kulturgespräche und Theateraufführungen sind Ansatzpunkte in einem Plan, dessen Phasen sich über Jahrzehnte erstrecken.

Im Laufe des letzten Jahres sind neue Variationen in der sowjetischen Außenpolitik zunehmend deutlich geworden. Die von den sowjetischen Führern entwickelte Begriffsbildung von der „friedlichen Ko-Existenz“, zunächst nur Diskussthemata der sowjetischen Parteiliteratur, ist zu einer Taktik der Sowjet-Diplomatie und der kommunistischen Parteien geworden. Das Bedürfnis nach einem friedlichen Leben in der Welt ist groß, und jede Friedenspolitik kann natürlicherweise mit den Sympathien der Öffentlichkeit rechnen, unabhängig davon, ob ihre Proklamationen ehrlich oder nur als vorzügliche Basis für militante, politische Pläne gedacht sind.

Die Sowjetunion verzichtet in der europäischen Politik, abgesehen von der deutschen Sowjetzone, wo Ulbricht und Grotewohl unentwegt einen harten Kurs steuern, — gegenwärtig auf aggressive Mittel. In den inneren Verfassungen der kommunistischen Länder dagegen bleibt die Struktur des Gewaltsystems unverändert, und es gibt keinen Anhalt für einen Gestaltwandel der Parteidiktaturen. Der politische, wirtschaftliche und ideologische Druck beherrscht die Diktaturen des Ostens, er läßt weiterhin die sozialen und nationalen Probleme der unterdrückten Völker ungelöst.

Die Politik der Nachkriegszeit — eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln und anderer Stoßrichtung — erscheint den Sowjets gegenwärtig nicht opportun. Stalin ist tot; seine Nachfolger, die Berija umgebracht und Malenkow entmachtet haben, setzen ihren Krieg gegen die freie Gesellschaft mit elastischeren Methoden fort.

Ist es erlaubt, von einem Ende des „Kalten Krieges“ zu sprechen, diesem Synonym für eine besonders aggressive Form großer machtpolitischer Auseinandersetzungen zwischen zwei sich grundsätzlich ausschließenden Systemen der internationalen Politik?

„Was ist „Kalter Krieg“?“

Handelte es sich um eine besondere, wenn auch verschärfte Form konventioneller Außenpolitik, wäre der Begriff kaum geschaffen worden. Das 19. Jahrhundert etwa ist erfüllt von Kriegen und Krisen aller Art, immer aber folgte den Kriegen ein echter Friede. Und vor allem fehlte in den Auseinandersetzungen der Nationalstaaten das Ziel, die gesellschaftliche und staatliche Ordnung des jeweiligen Gegners zu vernichten und durch die eigene zu ersetzen. Der „Kalte Krieg“ der Sowjets aber hat dieses Ziel, er ist das Charakteristikum unserer Epoche.

Die Sowjetunion vertritt entsprechend der für sie verbindlichen Lehre des Marxismus-Leninismus die Auffassung, daß jede Gesellschaftsordnung, die nicht der ihren entspricht, zum Untergang verurteilt ist. In den Gesprächen, die Bundeskanzler Adenauer in Moskau führte, wurde dies von Chruschtschow und Bulganin offen ausgesprochen. Noch offener waren die Erklärungen der bolschewistischen Führer an ihre deutschen Genossen Grotewohl und Ulbricht.

Die Sowjetunion will mit den anderen Staaten nicht zeitweilig zusammenleben, weil sie etwa deren Gesellschaftsaufbau bzw. deren politische Verfassung billigt, sondern nur weil es gegenwärtig nicht in ihrer Macht steht, die Gesellschaftsordnung dieser Staaten durch politische oder kriegerische Mittel zu zerstören.

Die Theorie der Ko-Existenz, von den Leninisten bald nach dem ersten Weltkrieg entwickelt, als die revolutionären Bewegungen in Westeuropa, besonders in Deutschland, niedergeschlagen waren, bedeutete zunächst nichts weiter als eine Aussage über das damalige Kräfteverhältnis zwischen dem bolschewistischen Rußland einerseits und den „bourgeois“ Staaten andererseits. Darüber hinaus war sie schon damals eine Methode, dieses Kräfteverhältnis zu Gunsten der Sowjetmacht zu verändern. Das damalige Kräfteverhältnis verbot einen aggressiven Vorstoß nach dem Westen, eine kombinierte Aktion der kommunistischen Parteien Europas mit den nach außen drängenden militärischen und politischen Kräften der Sowjetunion war nicht möglich. Als die Truppen Trotzki 1920 im Vormarsch durch Polen an den Grenzen Ostpreußens erschienen, war der Höhepunkt dieser Revolutionsstrategie bereits überschritten.

Es begann eine Atempause in der Auseinandersetzung zwischen „Kapitalismus“ und „Kommunismus“, die nach Auffassung Lenins in einen neuen Auf- und Vormarsch münden würde.

Diese Theorie entbehrte nicht der Logik, scheiterte aber in der Praxis immer wieder an der verkennenden Unterschätzung der Kräfte des Westens. Die Geschichte Mitteleuropas ist seit 1917 gekennzeichnet durch kommunistische Aufstände, Unruhen und Putsche. Dennoch konnte die Bolschewisierung Europas nicht erreicht werden. Schon damals wechselten Perioden der Ko-Existenz (sie heißt auch Einheitsfront, Volksfront, Aktionseinheit usw.), mit solchen der direkten Aktion gegen die westlichen Staaten, eine typische Gesetzmäßigkeit der bolschewistischen Taktik, die sich heute nur wiederholt.

Damals schrieb Marschall Tuchatschewski, der 1920 die Offensive gegen Polen kommandierte und später von Stalin liquidiert wurde: „Eines steht fest, wenn irgendwo eine sozialistische Revolution zur Herrschaft gelangt ist, dann hat sie das selbstverständliche Recht, zu expandieren, dann wird sie mit elementarer Gewalt danach streben, durch unmittelbare Einwirkung auf alle Nachbarländer die ganze Welt zu umspannen. Ihr wichtigstes Werkzeug wird natürlich ihre militärische Kraft sein.“ Er fügte den bemerkenswerten Satz hinzu: „Wir sehen also daß die sozialistische Revolution von ihrer Armee die Fähigkeit der aktiven Angriffsoperationen in den eigenen Grenzgebieten und — wenn der Gang der Ereignisse dazu zwingt — auch außerhalb derselben erfordert.“ (M. Tuchatschewski, Die Rote Armee und die Miliz, Leipzig 1921.)

Im koreanischen Krieg ist diese grundsätzliche Auffassung realisiert worden, sie wird, sobald die Umstände es gestatten, auch in Europa ihre Verwirklichung finden.

Die sowjetische Ko-Existenz ist im Laufe der letzten Jahre erst langsam in Erscheinung getreten. Sie war bereits auf dem Stockholmer Friedenskongreß sichtbar, Proklamationen umgaben sie und die Friedenstaube Picassos schwebte ihr zu Häupten. In ihrem Zeichen wurde die Berliner Blockade liquidiert. Die Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs wurden aufgefordert, direkte revolutionäre Aktionen einzustellen und die Eroberung der Volksmehrheit anzustreben. Der griechische Bürgerkrieg wurde eingestellt.

1920 hatte Trotzki die revolutionäre Offensive gegen Europa gefordert. Nach dem zweiten Weltkrieg verlangte Sdhanow die Aggression gegen Europa mit der Eroberung von Westberlin, dem Sturz der Regierungen in Italien und Frankreich durch Massenaktionen, Angriff gegen Griechenland, Pressionen auf die Türkei, die Vernichtung Titos usw. Wieder zwang die Verkennung des Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West den Bolschewismus zum Rückzug. Und wieder erscheint die Ko-Existenz als taktisches Manöver. Was bedeutet sie gegenwärtig?

Im Oktober 1954 hat Eugen Varga, der in Person und Werk die Kontinuität des Bolschewismus durch alle taktischen Varianten jahrzehntelang verkörpert, in der Moskauer Wochenschrift „Neue Zeit“ die Bedingungen der Ko-Existenz aus sowjetischer Sicht erörtert.

Der Aufsatz erhält zuerst eine unmißverständliche Feststellung: „Die beiden Systeme — das sozialistische und das kapitalistische — stehen in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik, Literatur und Kunst im Wettbewerb miteinander; ein ideologischer Kampf um das Bewußtsein der Menschen, um das Vertrauen der Menschheit ist im Gange.“ Varga spricht nicht von einem Wettbewerb um die Freiheit, weder der Einzelpersonlichkeit noch des Staates; hier wollen die Bolschewisten offensichtlich keinen Wettbewerb. Man dürfe nicht zulassen, fährt er fort, daß der ideologische Kampf in einen bewaffneten Kampf ausmünde. Dieser Satz ist nicht nur eine offene Aussage, der man ohne weiteres zustimmen kann. Die Bolschewisten arbeiten jedoch mit der Technik der doppelten Aussage — einer offenen und einer durch die offene versteckten. Wird dieser Satz aus dem verhüllenden in den klaren Text übersetzt, so lautet er sinngemäß: Weil wir überzeugt sind, daß wir mit dem ideologischen Kampf unser Ziel erreichen werden, benötigen wir keinen bewaffneten Kampf, wir werden auf dem ideologischen Wege zum Ziele gelangen, d. h. durch die Umformung des Bewußtseins der westlichen Welt durch die von Moskau ausgehenden Einflüsse. Varga beschreibt dann die drei wesentlichen Gebiete, auf denen sich diese taktischen Manöver des Bolschewismus abspielen:

Erstens: Die Entwicklung der Handelsbeziehungen vorwiegend mit der Sowjetunion und Rotchina, wobei er darauf hinweist, daß die Indu-

strialisierung in diesen Ländern große Möglichkeiten auch für die Zukunft einschließt. Diese Handelsbeziehungen sollen einflußreiche Kreise in den Volkswirtschaften der westlichen Länder gegenüber der totalitären Gesellschaft zu einer politisch neutralen oder freundschaftlichen Haltung veranlassen. Das Ergebnis würde einem Einbruch in den Kern dieser Volkswirtschaften gleichkommen und sie unter Umständen von der Sowjetwirtschaft abhängig machen.

Vargas zweites Operationsfeld ist die „reale Hilfe für die unentwickelten Länder“. Bekanntlich hat die Sowjetunion sich 1954 bereit erklärt, die Maßnahmen der UN in dieser Hinsicht zu unterstützen. Sie will (wie weit dies praktisch möglich ist, sei dahingestellt) durch technische Hilfe, Lieferung von Produktionsmitteln, günstige Zahlungsbedingungen und den Abschluß langfristiger Verträge über den Ankauf von Waren zu stabilen Preisen den unentwickelten Ländern Hilfe leisten.

„Folglich ist es“, wie Varga schreibt, „für die rückständigen Länder von außerordentlichem Vorteil, die Handelsverbindungen mit den Ländern des sozialistischen Lagers allseitig auszubilden.“ Während die kommunistischen Parteien in den unentwickelten Ländern die Aktion von unten gegen die jeweils herrschende Gruppe dieser Länder führen, wendet sich die Sowjetunion als Staat an die gleichen herrschenden Gruppen mit dem Angebot wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung. Aus der im Wesen politischen Aktion wird eine kombinierte: die angestrebte wirtschaftliche Abhängigkeit der Spitze ist verbunden mit dem direkten Kampf von unten eben gegen die gleiche Spitze.

Das dritte Manövergelände ist für Varga „die Entwicklung kultureller Verbindungen zwischen Ländern mit verschiedener Gesellschaftsordnung“. Hier kann sich die „friedliche Ko-Existenz“ beliebig ausdehnen. Die Namen von Newton, Darwin, Einstein und Curie seien in der Sowjetunion ebenso geachtet wie die Namen von Mendelejew, Pawlow und Mitschurin in der kapitalistischen Welt. Diese Argumente sind nur bedingt richtig, Einsteins Auffassungen wurden erst in letzter Zeit durch die Sowjetunion anerkannt; die Anhänger der Weißmannschen Vererbungslehre wurden noch vor kurzem verfolgt und ausgerottet; Pawlow ist für die Sowjets ein Fetisch, der für fast jede physiologische und psychologische Struktur und Reaktion verpflichtet wurde, während er nur im Westen objektiv gewürdigt wird. Auf dem Gebiet der Kultur, der Literatur und der Künste herrschen in der Sowjetunion zeitweise wahre Schreckenszustände.

Nach Darstellung der drei wesentlichen Erscheinungsformen der Ko-Existenz kommt Varga zu der lapidaren Feststellung: „Wir wissen, daß die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze ihn unweigerlich zum Untergang führen.“ Diese Aussage soll in dem Zusammenhang der Vargaschen Deduktionen offensichtlich alle Gesichtspunkte der Ko-Existenz zusammenfassen und deren endgültiges Ziel bezeichnen. Sie offenbart die wahren Absichten der Sowjetunion.

Varga behauptet in seinem Aufsatz, daß die Führer der Sowjetunion „immer für eine friedliche Ko-Existenz der beiden Systeme Stellung genommen haben“. Es genügt demgegenüber auf Stalin hinzuweisen: „Die gegenwärtige Friedensbewegung ist nicht imstande, die Unvermeidlichkeit von Kriegen aufzuheben; denn um die Unvermeidlichkeit von Kriegen aufzuheben, muß man den Imperialismus vernichten.“

Das Ziel wird offen proklamiert, dennoch gibt es im Westen Personen, von denen die gegenwärtigen friedlichen Gesten der Sowjetpolitik als Symptome einer grundsätzlich anderen Haltung interpretiert werden. Nur wenige von diesen Politikern, Geschäftsleuten und Ideologen kennen Stalins Broschüre „Ökonomische Probleme des Sozialismus“, deren Lektüre ihnen überflüssig und langweilig erscheint. Zwar ist das letztere zutreffend, das erstere birgt tödliche Gefahren für den Westen. Wir leben in einer Auseinandersetzung, deren Ablauf über das Schicksal Europas und des ganzen Planeten entscheidet.

Da die freien Staaten den Krieg gegen die Sowjetunion als Mittel der Politik ablehnen, wird es unvermeidlich eine Periode geben, in der diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zwischen dem Sowjetblock und unserer Welt bestehen. Die Sowjetunion aber betrachtet solche Beziehungen lediglich als eine Form der politischen Taktik mit dem Ziel, jene Kräfte zu schwächen, die sie später vernichten will.

## II. Die Neutralität Deutschlands und die Pariser Verträge

Die gegenwärtigen Formen der sowjetischen Außenpolitik dürfen nicht mit ihrem Inhalt identifiziert werden. In Dostojewskis „Die Brüder Karamasow“ tritt der Teufel als russischer Gentleman auf, ohne daß durch die Kleidung sein Charakter verändert wird. Es gehört zu den elementaren Grundsätzen der sowjetischen Politik, niemals die Grundfragen aus den Augen zu verlieren. Diese sogenannte Dialektik ist ein Verfahren zum Überspielen der antisowjetischen Kräfte. Gewisse Gruppen des Westens zeichnen sich dadurch aus, daß sie unfähig sind, die Grundfragen überhaupt zu erkennen, sie komplizieren durch ihre Naivität die gegenwärtige politische Phase. Nach der Moskauer Konferenz hat es der Bundeskanzler in seiner Rede vor der Kolpinggesellschaft in Köln klar und deutlich ausgesprochen, daß vor uns Jahre voller Gefahren liegen und daß der Kampf zwischen zwei Weltanschauungen verschärft weitergehe.

Die Sowjetunion wünscht, Deutschland möge im Kampf zwischen Diktatur und Freiheit eine neutrale Position beziehen. In der sowjetischen Note vom 24. Juli 1954 über das System eines kollektiven gesamteuropäischen Sicherheitspaktes wird gesagt, daß ein solches System, von der Sowjetunion vorgeschlagen und seitdem mehrfach propagiert, mit dem Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland und einer zahlenmäßigen Beschränkung der deutschen Polizeikräfte in Bundesrepublik wie Sowjetzone noch vor Abschluß eines Friedensvertrages die „Neutralisierung Deutschlands“ gewährleiste. Die „Wiedererrichtung des deutschen Militarismus“ dagegen werde unweigerlich zum „Wiedererstehen eines Kriegsherdes im Herzen Europas“ führen.

Inzwischen ist die „Wiedererrichtung des deutschen Militarismus“ in der sowjetischen Besatzungszone verwirklicht, und der „Kriegs-herd“ ist zunächst in einem Gebiet entstanden, das sich unter direkter Kontrolle der Sowjetunion befindet. Dieser Widerspruch scheint die sowjetischen Dialektiker nicht zu stören. Die zentrale Forderung der damaligen Note und zahlreicher späterer Äußerungen in Publizistik und Diplomatie ist die Neutralisierung Deutschlands.

Die Sowjetunion hat den Aufstieg der Deutschen Bundesrepublik mit einem bemerkenswerten Interesse beobachtet und erkannt, daß allein das ökonomische Potential der Bundesrepublik die Kräfteverhältnisse in Mitteleuropa verändert. Die seit Jahren prosperierende Wirtschaft, ein bedeutender Außenhandel, hohes soziales Niveau, ein ausgeglichenes Staatsbudget haben zu einer politischen Stabilität geführt.

Das Potsdamer Abkommen hatte – in sowjetischer Perspektive – die Aufgabe, die Sowjetunion zur entscheidenden und bestimmenden Macht für das Herzstück des Kontinents, Deutschland, zu machen. Voraussetzung war die Ausschaltung Deutschlands als eines selbständigen politischen Faktors; die wirtschaftliche Entwicklung sollte auf niedrigem Niveau gehalten werden. Ökonomie und Politik stehen für die Sowjets im engsten Zusammenhang miteinander, die erstere ist von Bedeutung nur in Abhängigkeit von der letzteren. Da die Einflußnahme der Sowjetunion auf die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands ausgeschlossen wurde, beschränkte sie sich auf die Sowjetzone, deren wirtschaftlicher Status heute auf einem Niveau steht, das mit der Bundesrepublik in keiner Hinsicht verglichen werden kann.

Die wirtschaftliche Stagnation Ostdeutschlands in den ersten Jahren der Nachkriegszeit korrespondierte direkt mit der politischen Herrschaft der deutschen Kommunisten, die de facto als Kolonialbeamte der Sowjetunion tätig sind. Die politische Bolschewisierung der Sowjetzone, verbunden mit dem Aufbau einer neuen Armee unter sowjetischem Kommando bildete eine präzise Aussage hinsichtlich der Aspekte der sowjetischen Deutschland-Politik. Die sogenannte Deutsche Demokratische Republik ist nichts als der Modellfall für das größere Ziel, die Bolschewisierung Gesamt-Deutschlands.

Da sich die Entwicklung in der Bundesrepublik nicht nur ohne die gewalttätigen Eingriffe der Sowjetunion vollzog, vielmehr die enorme Unterstützung insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika erfuhr, entwickelte sich die Wirtschaft in einem Umfange, der vielen auswärtigen Beobachtern zunächst unheimlich erschien, dem Kenner aber keine Überraschungen bot, da Fleiß und Initiative der Deutschen nur eine gewisse Freiheit benötigten, um sich zu entfalten.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik bewog die Sowjets, ihren Standpunkt zu ändern und neue Gesichtspunkte in der deutschen Frage zu entwickeln. Sie sind überzeugt davon, daß die spezifischen Entwicklungen in Deutschland zugleich die zentralen Probleme der europäischen Politik bilden.

Wenn das deutsche Potential dem der anderen westeuropäischen Länder und der USA zugeordnet wird, und wenn sich ein gesamteuropäischer Organismus – unter Schwierigkeiten, unter längeren Fristen als vorgesehen, unter Einschränkungen, die dem kühnen Politiker nicht behagen – herausbildet, so ist Europa in der Lage, in der Allianz mit den USA, eine weitere Expansion der Sowjetunion mit „friedlichen“ oder aggressiven Mitteln unmöglich zu machen. Gleichzeitig aber muß Gesamteuropa in der weiteren Perspektive eine unvermeidliche politische Ausstrahlungskraft gegenüber dem Osten entwickeln.

Es ist verständlich, von welcher Bedeutung unter solchen Gesichtspunkten die Neutralisierung Deutschlands für die Sowjetunion ist.

Definiert man die Politik als ein Unternehmen von Macht und Machtgewinnung, nach den Grundsätzen etwa von Machiavelli, dann muß unter der Parole des Friedens, der kollektiven Sicherheit, der Politik des „großen Friedenslagers“ und der Ko-Existenz die Zerstörung der freiheitlichen Kräfte des Westens vorangetrieben werden. Offensichtlich bevorzugen die Bolschewisten diese neo-machiavellistische Taktik. Selbstverständlich können in einem solchen Falle die Kräfte der Freiheit nicht neutral bleiben, wenn sie nicht vernichtet werden wollen.

Definiert man die Politik als ein auch aus moralischen Auffassungen, ethischen Verpflichtungen und menschlichen Verbindlichkeiten gespeistes und durch sie legitimes Unternehmen, dann ist Neutralität in einem ideologischen Weltkonflikt von beispielloser Ausdehnung und Tiefe absurd. Man kann schwerlich gegenüber einer Macht „neutral“ sein, die Millionen des eigenen Volkes unterdrückt und die freie Entscheidung des Menschen über sein eigenes Schicksal ablehnt. Wie immer man von der moralischen Seite her das Problem betrachtet: die Forderung nach der Neutralisierung Deutschlands läuft darauf hinaus, die zukünftige Kapitulation von ganz Europa vorzubereiten; die Neutralisierung Deutschlands würde der entscheidende Schritt auf diesem Wege sein.

Die Neutralität Deutschlands würde bedeuten, daß im Herzen Europas ein Vakuum entsteht. Nach den Erfahrungen der Geschichte bleibt ein solches Vakuum nicht lange unausgefüllt. Selbst Länder etwa, die seit langer Zeit keinen Krieg mehr geführt haben, wie etwa die Schweiz oder Schweden, sind hochbewaffnet und die Verletzung ihrer Neutralität würde einen Krieg heraufbeschwören. Die Geschichte Rußlands im allgemeinen, die der Sowjetunion im besonderen zeigt, daß ihr wesentlicher Inhalt darin besteht, in die anliegenden Räume zu expandieren. Vom Großfürstentum Moskau ausgehend, hat die russische Expansion in wenigen Jahrhunderten das nördliche, südliche und östliche Meer durch Aggressionen aller Art und jeden Umfanges erreicht und dabei immer solche Staaten und Räume überrannt, die nicht in der Lage waren, sich durch bewaffnete Kräfte gegen die Expansion des großrussischen Reiches zu wehren.

Aus der russischen Geschichte läßt sich der zwingende Schluß ziehen, daß jedes Land, das von Rußland zur Neutralität aufgefordert wird, bereits als Einflußsphäre und zukünftige Beute betrachtet wird. Im Zeitalter des Bolschewismus ist die traditionelle Politik Rußlands mit einer militanten Theorie gekoppelt, deren Siegesgewißheit sich in einer wissenschaftlichen Überzeugung, dem Marxismus-Leninismus ausdrückt. Die Gefahr ist um so größer.

Als Molotow in der Schlußphase der Berliner Viererkonferenz 1954 den Plan eines kollektiven Sicherheitspaktes für ganz Europa auf den Tisch legte, gab er damit das diplomatische Aktionsprogramm der Sowjetunion für die anschließende Zeitperiode bekannt. Offensichtlich sollte dieses Dokument die Bildung einer freien Gemeinschaft westeuropäischer Völker unter Einschluß der Bundesrepublik verhindern. Der damalige Molotowsche Vorschlag schloß einen realen deutschen Verteidigungsbeitrag aus. Was die Sowjetunion vielleicht zugegeben hätte und zugeben würde, wäre ein durch sie mitkontrolliertes bescheidenes



militärisches Potential, von dem das Kräfteverhältnis in Europa auf keinen Fall verändert würde.

Der Kampf gegen die Pariser Verträge als den angeblich einzigen Hinderungsgrund der deutschen Einheit war nur die Fortführung des Kampfes gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Schon damals wurde unausgesetzt von sowjetischer Seite argumentiert, die EVG mache eine Einheit Deutschlands unmöglich, sie sei das einzige Hindernis; ohne die EVG sei die Einheit Deutschlands möglich. Als die EVG von der französischen Nationalversammlung verworfen wurde, existierte das von sowjetischer Seite angeprangerte Hindernis der deutschen Einheit also gar nicht mehr. Die Stunde der Zerstörung der EVG hätte die Stunde der sowjetischen Initiative für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sein können. Es bestand ein Vakuum, es gab weder Pariser Verträge noch ein Militärabkommen der Bundesrepublik, noch einen NATO-Beitrag. Ein befreiendes Wort der Sowjetunion hätte mit einem Schlag das tragische Problem Mitteleuropas

lösen können! Die Sowjetunion schwieg; glücklich über die Zerstörung der EVG und triumphierend über die Niederlage der westlichen Integrationspolitik, war sie nicht bereit, nun ihrerseits die große Initiative einzuleiten.

Die „Realisten“ des Kremls waren überzeugt, die Zersetzung des Westens, durch den Zusammenbruch der EVG eingeleitet, werde weitergehen, neue Formen der Integration Westeuropas und der Bundesrepublik würden nicht entstehen. In diesem utopischen „Realismus“ verzichteten sie auf einen positiven Beitrag zum Deutschlandproblem, der eine neue und endgültige Lösung hätte bringen können.

Dann setzte ihre neue Kampagne gegen die Pariser Verträge ein, in der die Argumente gegen die EVG nunmehr als Argumente gegen die Pariser Verträge verwendet wurden. Dieser Vorgang bildet ein vorzügliches Beispiel für Form und Wesen der sowjetischen Außenpolitik. Die politische Freiheit für die 18 Millionen Deutsche ist der kategorische Imperativ für jeden möglichen Kompromiß mit der Sowjetunion.

### III. Ursachen und Wirkungen

Welche Gründe haben zur Änderung der sowjetischen Taktik in der Außenpolitik geführt? Die Geschichte der Sowjetunion zeigt das Primat der Innenpolitik über die Außenpolitik. Erstere bedingt die letztere, sie ist deren Ausdruck und Werkzeug. Offensichtlich ist die gegenwärtige Außenpolitik abhängig von einer wirtschaftlichen und sozialen Situation, die den Bedürfnissen des Landes nicht entspricht. Weder die Industrie noch die Konsumbedürfnisse der Sowjetunion, noch die Exportansprüche (Rot-China, Satellitenstaaten) können ausreichend befriedigt werden.

Die sowjetische Agrarkrise ist permanent. Eines der Hauptziele von Chruschtschow richtet sich darauf, hier in möglichst kurzer Frist eine Wendung zum Besseren herbeizuführen. In zwei bis drei Jahren soll in Kasachstan, Mittelsibirien und im Fernen Osten eine Fläche unter den Pflug genommen werden, die so groß ist wie die bisherigen alten Getreidegebiete der Sowjetunion in der Ukraine. Die gesamte Traktorenproduktion dieses Jahres wird in die neuen Gebiete geleitet, während die alten Gebiete sich mit Ersatzteilen begnügen müssen. Von einem Erfolg kann bisher nicht gesprochen werden: die Ernte von Kasachstan ist im Jahre 1955 einer schrecklichen Dürre zum Opfer gefallen.

Die Moskauer Konferenz der Industriefachleute vom 12. bis 21. Mai 1955 hat gezeigt, daß auch in der Industrie schwerwiegende Mängel bestehen. Ihre Entwicklung hat eine Grenze erreicht, die nicht ohne schwere Erschütterungen überschritten werden kann. Dies gilt für die Versorgung des inneren Marktes, wie für die Abhängigkeit der Satellitenstaaten von der russischen Produktion. Die sowjetische Aufrüstung einschließlich der atomaren Waffen benötigt eine maximale Industriekapazität. Die höheren Anforderungen der Nachkriegszeit lassen es ratsam erscheinen, eine zeitlich begrenzte Pause einzulegen, um neben der industriellen Produktion auch die materiellen und sozialen Verhältnisse der Bevölkerung zu verbessern und damit die Diskrepanz zwischen einer expansiven Außenpolitik und ihren materiellen Voraussetzungen zu beseitigen. Bulganins und Chruschtschows Ausführungen auf der Moskauer Industriekonferenz und die entsprechenden Parteibeschlüsse auf der Präsidiumstagung der sowjetischen KP, unmittelbar vor der Genfer Konferenz, zeigen, daß die klassischen Schwierigkeiten der sowjetischen Planökonomie nicht nur nicht gemildert, sondern verschärft worden sind. Hier liegt die wesentliche Ursache für die veränderte Außenpolitik, wobei der bolschewistische Parteicharakter selbst als eine konstante Größe betrachtet werden kann.

### IV. Das Regime von Pankow

Die zeitlichen Phasen, in denen die taktischen Manöver der sowjetischen Politik in Deutschland ablaufen, sind verschieden. Das vorbereitende Stadium etwa bis zum Beginn der deutschen „Volksdemokratie“, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, da man den „Aufbau des Sozialismus“, verbunden mit der Zwangskollektivierung der ost- und mitteldeutschen Landwirtschaft offen zu proklamieren wagte, umfaßte den Zeitraum von 1945 bis zur II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) im Jahre 1952.

In diesem Zeitraum gab es Höhepunkte direkter revolutionärer Aggression, etwa die Blockade Berlins. Im Innern der Zone gab es Perioden äußerster Brutalität gegen die Bauern, die Kirche, die Handwerker und nicht zuletzt und ständig gegen die Arbeiter, den wichtigsten, da menschlichen Produktionsfaktor. Es folgte die Beseitigung der selbständigen Arbeit, die Auflösung der Betriebsräte und die Ausschaltung der Gewerkschaften in der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Einige Monate vor dem 17. Juni 1953 entfaltete sich der Terror auf allen Gebieten: Steigen der Preise, Sinken der Löhne, zunehmender Mangel an Lebensmitteln und Textilien bei schlechter Qualität, Steigen der Normen, d. h. der Ausbeutung und der Arbeitszeit.

Dann erfolgte der Aufstand, das große Beispiel einer Volkserhebung gegen den totalitären Staat. Die Taktik änderte sich erneut, es trat eine gewisse Erleichterung des Lebens ein. Die Partei war geschlagen worden,

in der letzten Bewährung hatten ihre Kader sich als unfähig erwiesen. In der Frage der deutschen Einheit machte sich eine stärkere agitatorische Aktivität bemerkbar.

Charakteristisch bleibt aber — als Beispiel einer konsequenten strategischen Politik — trotz aller Rückschläge die Beibehaltung der sogenannten Generallinie mit dem Ziel, die Sowjetzone zur Volksdemokratie zu entwickeln und ihre Struktur den anderen Volksdemokratien anzugleichen und das Vorbild der Sowjetunion nachzuahmen.

Die innere Politik der deutschen Sowjetzone hat drei Dominanten: 1. im industriellen Sektor die Weiterentwicklung der bürokratischen Staatswirtschaft mittels der Planökonomie; 2. im Agrarsektor den weiteren Ausbau der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft; 3. im Staats- und Gesellschaftsleben die Festigung der Monopolstellung der SED. Sie bestimmen die Züge der kommunistischen Diktatur in Mittel- und Ostdeutschland, wobei man die alles kontrollierende Tätigkeit der Geheimpolizei, die absolute Zensur für jedes gedruckte Wort und das Potential einer Armee von mindestens 130 000 Mann einbeziehen muß.

Während in den agitatorischen Gesten von Johannes R. Becher oder Otto Nuschke der Ruf nach der deutschen Einheit zeitweise pathetischen Charakter annahm, wurde in der inneren Politik der Sowjetzone der grundsätzliche Kurs der kommunistischen Politik in den drei genannten Dominanten konsequent weitergeführt.

„Gespräche“, „Begegnungen“, „Verhandlungen“, „Konferenzen“, „Kulturtagungen“, „Deutsche Begegnungen“ haben in diesem Zusammenhang die Funktion einer Nebelwand, hinter der sich der unbeeinträchtigt fortgesetzte Ausbau der kommunistischen deutschen Republik verbirgt.

Die SED kann nicht freiwillig auf ihre Macht verzichten: der Verzicht würde ihren sofortigen Untergang bedeuten. Gewährt sie der Freiheit Konzessionen, so leitet sie ihren eigenen Selbstmord ein. Sie baut daher den Staatstypus der DDR aus, der als Modell für ganz Deutschland gilt. Ihre Macht ist am 17. Juni 1953 durch Sowjetpanzer gerettet und im Herbst 1955 durch den Moskauer Staatsvertrag zwischen der Sowjetregierung und der Regierung von Pankow garantiert worden.

Walter Ulbricht: „Die Lage in Deutschland hat sich so entwickelt, daß die Deutsche Demokratische Republik der rechtmäßige deutsche Staat ist, dessen Politik die Zukunft Deutschlands verkörpert.“ (Rede in der „Volkskammer“ am 26. 9. 1955, abgedruckt im „Neuen Deutschland“ vom 27. 9. 1955.) Um welche Zukunft Deutschlands handelt es sich hier? Um die kommunistische deutsche Zukunft, um die Zukunft einer gesamtdeutschen Sowjetrepublik!

Nach den Genfer Konferenzen ist das Ziel sowjetischer Deutschlandpolitik offen proklamiert worden. Die kategorischen Erklärungen von Bulganin und Chruschtschow nach ihrer Rückkehr von der ersten Genfer Konferenz in Ostberlin, die Äußerungen, welche in Moskau gegenüber Bundeskanzler Dr. Adenauer und gegenüber den „lieben Genossen Walter Ulbricht und Otto Grotewohl“ abgegeben wurden, beseitigen jeden Zweifel.

Die deutsche Frage lag ein Jahrzehnt hinter einem Schleier, jedem ernsthaften Beobachter sichtbar, nicht aber den zahlreichen Illusionisten. Man darf hoffen, daß auch Illusionisten in Zukunft gezwungen werden, sich mit Tatsachen auseinanderzusetzen.

Auf den Genfer Konferenzen formulierten die Sowjets den Begriff von den zwei deutschen Teilstaaten mit grundsätzlich verschiedener sozialer Struktur. Diese verschiedenen Strukturen sollen eine „mechanische“ Wiedervereinigung, eine „Addierung“ der beiden Staaten nicht zulassen. Freie Wahlen sind angeblich unmöglich, da die Herrschaft der „Junker und Militaristen“ in der Bundesrepublik freien Wahlen die Basis entziehen.

Gegenüber diesen logischen Erklärungen, die völlig den prinzipiellen Auffassungen der sowjetischen und deutschen Kommunisten entsprechen, wurde nur ein bescheidenes taktisches Manöver versucht, als der Pressechef des sowjetischen Außenministeriums, Herr Iljitschow in Moskau gegenüber einem deutschen Chefredakteur erklärte, nur die Pariser Verträge seien das von der Sowjetunion beklagte Hindernis für die Herstellung der deutschen Einheit. Was haben die Pariser Verträge mit den beiden verschiedenen sozialen Strukturen, nämlich der „kapitalistischen“, der Deutschen Bundesrepublik und der „sozialistischen“, der „Deutschen Demokratischen Republik“ zu tun?

Die einseitige Aufhebung der Pariser Verträge würde Deutschland in die kompromittierende Situation eines Staates versetzen, der Verträge von kurzer Dauer schließt, um sie zu kündigen, sobald es seinen Zwecken dienlich erscheint. Das Vertrauen der westlichen Alliierten, in unermüdlicher und geduldiger Arbeit mühsam hergestellt, würde zerfallen und die Bundesrepublik selbst unvermeidlich wehrloses Objekt sowjetischer Politik.

Das Ausscheiden der Bundesrepublik aus den Pariser Verträgen würde zwangsläufig zur Bildung jenes neutralen Vakuums in Deutschland führen, das die Sowjets schaffen wollen.

Die Pariser Verträge sind Ausdruck einer Situation in Europa, die durch eine jahrelange Aggressionspolitik der Sowjetunion einerseits und zwangsläufige Abwehrreaktion der westlichen Mächte andererseits einschließlich der USA und der Deutschen Bundesrepublik bedingt ist. Darüber hinaus sind sie eine reale Antwort der Westmächte auf den Weltkonflikt unserer Zeit, der von den Sowjets heraufbeschworen wurde.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Sowjets die NATO seit ihrem Bestehen unaufhörlich attackiert haben. Da sie selbst eine Politik der Macht betreiben, wissen sie, was reale Stärke bedeutet. Erst wenn die Sowjets den Nachweis führen, daß sie einer Politik der echten Verstän-

digung den Vorzug geben, kann der Westen sich bereit finden, seine Politik der Stärke abzubauen. Bis dahin ist die Diffamierung der Politik der Stärke ein Teil der sowjetischen Agitations-Philosophie, nicht ihrer realen Politik.

Wenn die Politik der Sowjets eine echte Veränderung erfährt, werden auch die Pariser Verträge in diese Veränderung einbezogen werden können; solange das nicht der Fall ist, kann der Westen sein militärisches Potential nicht vermindern, ohne das des Gegners zu stärken. Zwischen der Politik der Stärke des Westens und der Politik der Stärke des Ostens besteht ein unlösbarer Zusammenhang, die erstere ist eine Folge der letzteren.

Bevor das deutsche Problem in seiner Eindeutigkeit nach Genf und Moskau sichtbar wurde, gab es im sowjetischen Parteipräsidium, der tatsächlichen Regierung der Sowjetunion, umfangreiche Debatten über die Taktik. Es war offensichtlich geworden, daß die Bundesrepublik ihre vertraglichen Verpflichtungen einhalten würde, und so wurde beschlossen, die deutsche Frage unter kommunistischen Vorzeichen vorläufig als nicht lösbar auszuklammern.

Die Genfer Sommer-Konferenz ergab, in drei Sätzen, folgendes Resultat: 1. Die Sowjets behandelten als zentrales Problem die Sicherheit bzw. den europäischen kollektiven Sicherheitspakt. 2. Die deutsche Frage wurde dilatorisch bzw. zweitrangig behandelt; es wurde der Versuch gemacht, die Sicherheitsfrage zu lösen bei Weiterexistenz zweier deutscher Staaten. 3. Die Stellung der deutschen Sowjetzone als eines selbständigen Staates, wurde innerhalb seiner natürlichen Unselbständigkeit gegenüber der Sowjetunion bestätigt.

Die beiden ersten Probleme konnten nicht gelöst werden, da keine Einheit zwischen den Standpunkten der Westmächte und denen der Sowjetunion erzielt wurde. Da die erste Konferenz wesentlich im Psychologisch-Atmosphärischen verblieb und nur der „Geist von Genf“ entbunden wurde, war die Regelung einer neuen Konferenz den Außenministern im Oktober überwiesen worden. Diese endete völlig negativ.

Die Pankower Regierung hatte die erste Genfer Konferenz mit gespanntem Interesse verfolgt; in den vorausgegangenen Monaten war ein Schwanken in der Taktik der Sowjets gegenüber Deutschland zu erkennen. Noch beim Warschauer Abkommen war der militärische Beitrag der Sowjetzone ausgeklammert worden, da die deutsche Frage von den Sowjets als in der Schwebe befindlich betrachtet wurde. Die Bemühungen des damaligen Innenministers der Sowjetzone, Willi Stoph, auf die Errichtung des Bonner Verteidigungsministeriums mit einer gleichen Institution für die Zonen-Regierung zu antworten, stieß ebenso auf den Widerstand der Sowjets wie Stophs Bemühen, mit offiziellen Militärgesetzen die Bonner Debatten um das Freiwilligengesetz zu parieren.

Vor der ersten Genfer Konferenz war der Vorschlag des kollektiven Sicherheitspaktes gedacht als eine Defensivmaßnahme der Sowjets gegen die Bemühungen der Westmächte, die deutsche Frage gemeinsam mit der Sicherheitsfrage zu behandeln. Die gleiche Linie verfolgten sie auch in Genf; sie verweigerten Zugeständnisse in der deutschen Frage und beschränkten sich auf die bekannten Erklärungen, die zuletzt auf den beiden Moskauer Konferenzen einerseits mit der Bundesrepublik, andererseits mit dem Pankower Regime wiederholt wurden.

Als aber die Sowjets sich im Sommer in Genf von den friedlichen Absichten der USA überzeugten und die Gewißheit gewannen, daß die USA jedem Krieg ablehnend gegenüberstehen, konnten sie eine Umgruppierung vornehmen und den kollektiven Sicherheitspakt als eine taktische Offensivwaffe gegen die westeuropäischen Bündnisse verwenden. Sie repräsentierten die beiden deutschen Staaten als Teilnehmer eines möglichen Sicherheitsabkommens und zogen sich auf ihre bekannten Vorschläge zurück, nach denen die beiden deutschen Staaten selbst durch gegenseitige Verhandlungen („Deutsche an einen Tisch“) und Abkommen einen Beitrag zur Herstellung der deutschen Einheit leisten sollten. Damit erhielt die Führung der Sowjetzone die Garantie, daß die Existenz ihrer Staatsdomäne, der DDR, nicht gefährdet sei.

Die unmittelbare Wirkung dieser sowjetischen Haltung war eine politische Euphorie der Pankower Regierung. Nach einer Periode langer Zweifel weiß sich die Führung der SED seit der Genfer Juli-Konferenz

endgültig im Besitz definitiver sowjetischer Zusagen, daß ihre Existenz für lange Zeit gesichert ist. Diese Versicherungen waren auch der zentrale Punkt der Moskauer Besprechungen zwischen Grotewohl und Ulbricht einerseits und Bulganin und Chruschtschow andererseits.

Der Ton der gesamten Publizistik in der Sowjetzone veränderte sich schlagartig. Die Sekretäre des Zentralkomitees eilten von einer Stadt in die andere, um Funktionären und Anhängern zu versichern, daß die „Errungenschaften der DDR“, die Monopolstellung der gesamten Staats- und Parteibürokratie nicht mehr gefährdet seien. Lange Zeit hatte die Ulbrichtgruppe den Kampf gegen eine Entwicklung geführt, die mit Sicherheit zu einer Zerstörung der SED führen würde, falls es den Sowjets gelingen sollte, ein riesiges Tauschgeschäft mit Deutschland (auf der Grundlage der Neutralität) durchzuführen. Jetzt hatte sie „gesiegt“, d. h. die Stellung der Sowjetregierung nach Genf, erlaubte ihr von einem vollständigen „Sieg“ im Kampfe um die „endgültige“ Behauptung der DDR zu sprechen.

Die Politik von Pankow ist in bezug auf die Einheit Deutschlands heute noch deklamatorischer als in den letzten Jahren. Die Abhängigkeit von der Sowjetunion, die schon immer bestanden hat, ist heute ohne jede Nuancierung vollständig. Die drei großen Dominanten der inneren Politik bestimmen unverändert den Charakter der sowjetdeutschen Kolonie.

Inzwischen hat das 25. Plenum des Zentralkomitees der SED in einem 20 Druckseiten umfassenden Dokument „Die neue Lage und die Politik der Sozialistischen Einheitspartei“ seine Auffassungen eindeutiger präzisiert als je zuvor. Es genügt aus dem Parteibeschluss einige Stellen zu zitieren: „Das Neue besteht darin, daß die Bonner Regierung durch die Eingliederung in die NATO und die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus fertige Tatsachen geschaffen hat, um mit Hilfe von Wahlen die Versklavung des deutschen Volkes und die Vorbereitungen für einen neuen Krieg durchzuführen. . . . Es darf keinerlei Beeinträchtigung der Errungenschaften der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik geben. . . . Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nur das Resultat

des Volkskampfes gegen den Militarismus in Westdeutschland und der gemeinsamen Anstrengungen der Kräfte des Friedens und der Verständigung in der Welt sein. . . . Die Fragen der Gestaltung des wiedervereinigten Deutschlands sind nicht Fragen, die erst später in einer gesamtdeutschen Nationalversammlung zur Entscheidung stehen, sondern Fragen, über die bereits heute im Kampf gegen die Militarisierung Westdeutschlands für die Interessen der friedliebenden Mehrheit des deutschen Volkes wichtige Entscheidungen gefällt werden. . . . In der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Grundlagen einer volksdemokratischen Ordnung geschaffen.“

Der Ausdruck „Volkskampf“ ist keine formale Metapher, er beinhaltet die revolutionäre Aktion. Diese soll von der „volksdemokratischen Ordnung“ her, nämlich von der „Deutschen Demokratischen Republik“ als Basis, organisiert werden und als Ziel den Sturz der „Herrschaft der Junker und Militaristen“, nämlich den Untergang der Deutschen Bundesrepublik, haben. Für deren künftige Struktur sind volkseigene Betriebe, die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und die Besetzung aller Stellen der öffentlichen Meinungsbildung (Radio, Presse, Nachrichtenagenturen) mit zuverlässigen Kommunisten vorgesehen.

Ohne jeden Zweifel bilden diese Beschlüsse der SED ein revolutionäres Aktionsprogramm für den jetzigen Zeitabschnitt. Es ist ein Plan mit einer Perspektive für zwei bis drei Jahre, in denen die wesentliche Zersetzung der Bundesrepublik herbeigeführt werden soll. Während die diplomatischen Beziehungen der Sowjetunion mit der Bundesrepublik Veränderungen in der Führungsschicht der Bundesrepublik herbeizuführen bestimmt sind, versucht der deutsche Kommunismus in Betrieben, Gewerkschaften und Parteien, unter Intellektuellen, Arbeitern und Geschäftsleuten Voraussetzungen für die direkte Aktion zu schaffen. Von oben Zersetzung und atmosphärisch-politisch-psychologische Veränderungen, von unten der Ulbrichtsche „Volkskampf“: das ist ein anschauliches Beispiel für eine kombinierte Aktion, für eine Zangenbewegung gegen den zu vernichtenden Gegner, nämlich die junge deutsche Demokratie.

## V. Ko-Existenz und Deutsche Einheit

Die Ko-Existenz-Politik der Sowjetunion befindet sich aber, selbst wenn man ihren bedingten taktischen und strategischen Charakter als eine durch die bolschewistischen Erklärungen bezeugte objektive Tatsache unterstellt, in einem tiefen Widerspruch, wenn sie auf das Problem der Spaltung Deutschlands trifft.

Wie ist Ko-Existenz möglich, wenn Deutschland gespalten bleibt? Auf diese Frage sucht man in den Erklärungen der Sowjetregierung vergeblich eine Antwort. Die andauernde Trennung Deutschlands bildet einen Unruheherd, der durch keine Deklamationen von zwei deutschen Teilstaaten aus der Welt geschafft werden kann.

Zwischen beiden deutschen Gebieten besteht eine Kluft, die sich durch die fortschreitende Bolschewisierung der Sowjetzone fortgesetzt vertieft. Politik, Wirtschaft, Kultur, Literatur und Künste in der Sowjetzone nehmen einen völlig anderen Charakter an; die deutsche Sprache in der Sowjetzone hat eine solche Veränderung erfahren, daß zahlreiche neue Wortbindungen in der Bundesrepublik nur noch von Ost-Spezialisten verstanden werden; da die Prozesse der Veränderung bewußt fortgesetzt werden, muß der Gegensatz, entgegen allen Bemühungen westdeutscher privater und behördlicher Stellen, unaufhörlich wachsen.

Die wirtschaftliche Prosperität der Bundesrepublik gegenüber dem zurückgebliebenen materiellen Niveau der Sowjetzone wirkt mit starker Anziehungskraft auf die tüchtigsten Menschen in der Sowjetzone. Der Strom der Flüchtlinge ist 1955 größer als 1954 gewesen. Die Facharbeiter wandern ab, die jungen Männer entziehen sich der kasernierten Volkspolizei.

Die Sowjetzone muß ihre Armee vergrößern, gleichzeitig aber ist sie durch das Beispiel der Bundesrepublik und Westberlins gezwungen, den materiellen Lebensstandard ihrer Bevölkerung zu verbessern. Aufgaben, die eine fortgesetzte enorme Anspannung der arbeitenden Menschen in

der Sowjetzone erfordern. Die Produktivität der Arbeit muß erhöht werden, gleichzeitig werden neue industrielle Kombinate riesenhaften Umfanges, wie das Kokskombinat in der Trattendorfer Heide, errichtet.

Diese Anforderungen verschärfen die sozialen Spannungen, die in der Sowjetzone seit einem Jahrzehnt bestehen. Es ist verständlich, daß die Bundesrepublik für die Menschen der Sowjetzone ein Element der Hoffnung, der Stärke und der ständigen Anziehung bildet. Die Menschen fliehen vor der „Generallinie“.

Es besteht kein Zweifel, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung von Ost- und Mitteldeutschland die Deutsche Bundesrepublik als den einzig legitimen deutschen Staat betrachtet.

Es wäre töricht von den Sowjets, diese Tatsache zu übersehen. Jenseits aller Diplomatie gibt es für jeden Demokraten ein Axiom, das prinzipiell auch von den Sowjets anerkannt wird: das Selbstbestimmungsrecht des Volkes zur Bestimmung seiner politischen Verfassung. Da die deutsche Frage eine internationale Angelegenheit ist, ist ihre Lösung nur im Zusammenwirken der großen Mächte möglich. Wenn die politische Entspannung, verwirklicht durch die tatsächliche und von jedermann zu kontrollierende Veränderung in der Praxis, fortschreitet, ist es denkbar, daß im Zuge einer internationalen Milderung der Gegensätze auch das deutsche Problem von seiner Schärfe, die unverändert bis heute besteht, ja sogar eine Zuspitzung erfahren hat, verliert, und neue Lösungen heranreifen. Es versteht sich jedoch, daß dies ein langer Prozeß ist, der ständige Wachsamkeit erfordert.

Die große Probe auf die Ko-Existenzpolitik muß in der inneren Verfassung des Sowjetblocks selbst erfolgen. Auch totalitäre Staaten sind der geschichtlichen Wandlung unterworfen, auch in ihnen sind sozialogische Prozesse wirksam, die Völker des Sowjetblocks haben ein Bedürfnis nach Freiheit, man darf annehmen, daß im weiteren Fortgang der

Geschichte Veränderungen erfolgen, die auf die Beziehungen des Sowjetblocks gegenüber den freien Völkern nicht ohne Einfluß sein werden.

Über dem Hauptquartier der NATO in Morly bei Paris steht als Mottó: „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit!“ Wer die gegenwärtige sowjetische Politik ohne Illusionen betrachten will, muß von Tatsachen, und nur von ihnen ausgehen und die Wirklichkeit zum Kriterium seines Urteils machen; er muß vorurteilslos und wachsam die Ereignisse der Sowjetpolitik im Hinblick auf den Frieden der Welt und die Einheit Deutschlands ansehen. Nur dann wird eine realistische Haltung gegenüber der Sowjetunion möglich sein. Die Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Diktatur ist in eine neue gefährliche Phase getreten, und es

bedarf größter Aufmerksamkeit, nüchterner Beurteilung und unausgesetzter Entschlossenheit, um die Grundsätze der Freiheit für Gesamtdeutschland zu bewahren.

**Anmerkung:**

*Ernest J. Salter*, geb. 8. 5. 05 in Waren (Mecklenburg), Mittelschule, später im Anwaltsbüro tätig, 1920/33 als Journalist und Kursuslehrer (Gewerkschaften) gearbeitet. Während des Hitler-Staates zeitweise emigriert, dann als Arbeitsloser, Straßenfeger, Friedhofsarbeiter, Hilfskontorist, Arztschreiber. Während des Krieges Soldat in Frankreich, Italien, Rußland, Rumänien, Ungarn, Tchecho-Slowakei. Bis Ende 1946 in russ. Kriegsgefangenschaft. Nach Heimkehr Redakteur in Ostberlin („Berlin am Mittag“ u. „Ulenspiegel“). Ab 1949 bis Anfang 1954 im Redaktionsstab der „Neue Zeitung“, Berlin. Lebt als freier Publizist in Berlin.

## POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

### AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- |                       |  |
|-----------------------|--|
| Walter A. Berendsohn: | „Thomas Mann und das Dritte Reich“<br>„Probleme der Emigration aus dem Dritten Reich“  |
| J. M. Bochenski:      | „Die kommunistische Ideologie und die Würde, Freiheit und Gleichheit des Menschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. 5. 1949“ |
| Max Braubach:         | „Vor zwanzig Jahren“<br>Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936  |
| Roland Klaus:         | „Nicht gestern, Freund, morgen!“   |
| Edgar Kupfer:         | „Straf-Kompagnie Dachau“   |
| Hans Wenke:           | „Die Erziehung im Kreuzfeuer der öffentlichen Meinung“   |
| Paul Wentzke:         | „Heinrich von Gagern“  |
| ...                   | „Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reiches“  |

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1.19 monatlich bei Postzustellung einschl. Beilage sowie Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 4.50 pro Stück einschließlich Verpackung, zuzüglich Portokosten, nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23

HERAUSGEBER: BUNDESZENTRALE FÜR HEIMATDIENST - BONN/RHEIN - KÖNIGSTRASSE 85